

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, kommentiert die China-Reise des Bundeskanzlers: Auf Entdeckungsfahrt.
Seite 1

Barbara Simons MdEP, Mitglied des EP-Entwicklungsausschusses, kritisiert die Weigerung des erweiterten EP-Präsidiums, sich mit der Repression in Südafrika zu befassen: Apartheid kein Thema?
Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB setzt sich mit der Diskrepanz von Worten und Taten bei Wohnungsbauminister Oscar Schneiders auseinander: Eigene Ansprüche widerlegt.
Seite 6

39. Jahrgang / 197

11. Oktober 1984

Auf Entdeckungsreise

Zum China-Besuch des Bundeskanzlers

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Helmut Kohl auf Entdeckungsreise im großen chinesischen Reich: Ein bißchen Marco Polo, ein bißchen "Alice im Wunderland" (Herbert Kremp) ist immer dabei. Beim Bonner Kanzler erst recht: Ihm ist, scheint's, ein Licht aufgegangen über die großen, vor allem ökonomischen Möglichkeiten, die in diesem allerersten unter den Entwicklungsländern der Welt stecken (können).

An "kraftvolle Signale" dieses Regierungschefs einer sich hinnörgelnden Bonner Koalition gewöhnt, ist Skepsis am Platze: Die seit Jahren im Chinahandel gestählte deutsche Wirtschaft weiß, wie viele Zähigkeit und sprichwörtlicher "langer Atem" erforderlich sind, um gegen ansehnliche Konkurrenz bestehen zu können, und wie wenig euphorische Worte, die diesem Kanzler, wo er steht und geht, nur so herausströmen, gerade auf dem fernöstlichen Markt auszurichten vermögen.

Aber gut und einverstanden, wenn Helmut Kohl jetzt versucht, die "China-China-China"-Geschichte seiner Union abzuschütteln. Man erinnert sich: Von der "gelben Gefahr", die Kurt Georg Kiesinger witterte, reicht der Bogen bis zu Franz Josef Strauß, der die "gelbe Karte" zu ziehen versuchte, als es ihm und der CDU/CSU darum zu tun war, die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts zu torpedieren.

Die Realitäten der Union sind heute andere, aber ein bißchen von diesem frühgeschichtlichen Unfug der CDU/CSU findet sich auch jetzt wieder bei Helmut Kohl. Es sei "für uns Deutsche von ganz besonderer Bedeutung", so



konnte man ihn gestern von einer Pressekonferenz in Peking vernehmen, "daß ein Land von Gewicht und Bedeutung der Volksrepublik China für die deutsche Einheit eintritt".

Ganz ohne Bosheit, aber der historischen Entwicklung wegen: Das hätte Heinrich Lübke genauso gesagt haben können, als er es seinerzeit unter dem Druck der offiziellen Bonner Politik als seine wesentliche Aufgabe ansah, möglichst viele freundliche Adressen ausländischer Staatsoberhäupter zugunsten der deutschen Einheit heimzubringen. Die Geschichte hat leider nichts damit anfangen können.

Deshalb und auch, wenn diese Kohl-Sprüche nur für den Hausgebrauch der Union bestimmt sein sollten: Kein Mensch kann übersehen, daß von den überschwenglichen Sympathieerklärungen für die deutsche Einheit, die der damalige Kanzler Helmut Schmidt im Jahre 1975 in Peking hörte, im Falle Kohl nichts geblieben ist als vollendete Höflichkeitsformeln. Die Volksrepublik China ist längst wieder auch an guten Beziehungen zur DDR (wie zu allen europäischen Staaten) interessiert.

Die heute in Peking Regierenden haben ein starkes Interesse an einem Europa, das auf seinen eigenen Füßen steht - auch im Verhältnis zu den blockfreien Staaten, übrigens. Und dann haben sie erneut ihr Interesse an konkreten Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West bekundet, also ihre Kurskorrektur in der Frage von Krieg und Frieden einmal mehr bekräftigt.

Schade, daß Helmut Kohl darauf nicht mit dem gleichen Elan eingestiegen ist. Das wäre Politik und die Aufgabe des deutschen Kanzlers gewesen: die von der großen Volksrepublik China aufgenommene Unruhe auf den vier Kontinenten über den Rüstungswahnsinn in der Welt in ein "kraftvolles Signal" an die nuklearen Supermächte umzusetzen.

Helmut Kohl hat in Peking viel Freundliches und Freundschaftliches gesagt und gehört - aber er hat eine sehr wichtige politische Chance versäumt. (-/11.10.1984/ks/rs)

+ + +



Südafrika kein Thema für das EP?

Das erweiterte EP-Präsidium verhindert Dringlichkeitsdebatte

Von Barbara Simons MdEP

Mitglied des EP-Entwicklungsausschusses

Im erweiterten EP-Präsidium hat die konservative Mehrheit am Mittwoch eine Dringlichkeitsdebatte über die Lage im südlichen Afrika verhindert. Im Namen der Sozialistischen Fraktion hatten die Abgeordneten Rudi Arndt, Ernest Glinne, Barbara Castle und Joyoe Quinn die Tötung wehrloser schwarzer Bürger während der jüngsten Demonstrationen in ihren Wohnvierteln und während der offiziellen Streikaktionen der National Union of Mineworkers zum aktuellen Anlaß für eine Reihe grundsätzlicher Forderungen genommen.

Ein weiterer Grund für den Dringlichkeitsantrag war die Flucht von sechs südafrikanischen Oppositionellen in das britische Konsulat in Durban. Die Gegner des Rassistenregimes wollten auf diese Weise die Macht der südafrikanischen Regierung anprangern, politische Gegner ohne Gerichtsverfahren zu verhaften und einzusperren.

Besondere Dringlichkeit erhielt der Antrag auch durch das Vorhaben, am heutigen Donnerstag den Vereinten Nationen eine Petition zu übergeben, in der die Freilassung des inzwischen 66jährigen Nelson Mandelas gefordert wird. Wir Sozialisten meinten, das EP sollte dieses Anliegen unterstützen.

Die Konservativen isolieren das Europäische Parlament mit derartigen Blockaden und schaden seinem internationalen Ansehen:

- o Zu Recht hat der UN-Sicherheitsrat unlängst die neue Verfassung und die Wahlen der Inder und Mischlinge in Südafrika in seiner Resolution Nr. 554 vom 17. August 1984 für null und nichtig erklärt.
- o Auch die Außenminister der Gemeinschaft haben am 11. September 1984 erklärt, die derzeitige Situation von Gewalt und Unruhe in Südafrika sei unter anderem auf die Enttäuschung der schwarzen Bevölkerung zurückzuführen, weil sie willkürlich vom politischen Leben in Südafrika ausgeschlossen sind und ihr jede Möglichkeit vorenthalten wird, ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen.

Nach Meinung der Sozialistischen Fraktion wäre jetzt das Europäische Parlament aufgefordert gewesen, auf den Ernst der Lage im südlichen Afrika und die schwere Bedrohung des Friedens in der Region durch die Politik der südafrikanischen Regierung hinzuweisen. Die verheerenden Auswirkungen der südafrikanischen Politik liegen offen zu Tage:

- Apartheid und andere Formen der Unterdrückung wie Bantustans - mit denen der Mehrheit des Volkes die Staatsbürgerschaft entzogen wird, Koornhof-Gesetze und die neue südafrikanische Verfassung, die eine noch tiefere Spaltung der Bevölkerung Südafrikas bewirkt und der rassistischen Minderheitsregierung noch perfektere Machtmittel an die Hand gibt,



- die illegale Besetzung Namibias, dessen Räumung, zu der es durch die Resolution des Sicherheitsrats Nr. 435 aufgefordert wird, Südafrika ablehnt,
- der militärischen und wirtschaftlichen Destabilisierungsaktionen gegenüber den Frontstaaten und anderen angrenzenden Staaten: Indem es die bewaffnete Konfrontation gleichzeitig mit wirtschaftlichen Pressionen im Verstoß gegen das Völkerrecht einsetzt, versucht das rassistische südafrikanische Regime, diese Staaten seiner Politik einer von Pretoria beherrschten "Staatenkonstellation" im südlichen Afrika gefügig zu machen.

Die Forderung der Sozialisten im Europäischen Parlament, die die Repräsentanten des konservativen Mehrheitsblocks nicht einmal diskutieren lassen wollten, an die Adresse Südafrikas lauten:

- An Stelle des Apartheid-Regimes und der Bantustans-Politik, die Einführung einer Politik zur Gestaltung eines freien, demokratischen Südafrikas ohne Rassentrennung. Eine dauerhafte Lösung der südafrikanischen Frage muß sämtliche Bewohner Südafrikas einbeziehen;
- die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere von Nelson Mandela;
- die uneingeschränkte Anerkennung der unabhängigen Gewerkschaften, deren neueste Entwicklung zu Hoffnung Anlaß gibt; Freizügigkeit und Vereinigungsfreiheit für die United Democratic Front (UDF) und ihre Mitgliedsvereinigungen sowie andere Volksbewegungen;
- die Aufhebung der Haftbefehle gegen die sechs Oppositionellen, die im britischen Konsulat Zuflucht gesucht haben und von denen drei beim Verlassen des Gebäudes verhaftet wurden;
- die Freiheit und Unabhängigkeit für Namibia gemäß der Resolution Nr. 435 des UN-Sicherheitsrats, ohne den Abzug der südafrikanischen Truppen mit dem der kubanischen Streitkräfte aus Angola zu verknüpfen, da deren Anwesenheit auf einer zwischen zwei souveränen Staaten frei vereinbarten Übereinkunft beruht;
- die Einstellung der direkten oder indirekten Destabilisierungsaktionen gegen die Nachbarstaaten.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der EG-Institutionen sollten folgende Maßnahmen ergreifen:

- Die Verhinderung sämtlicher neuer ausländischer Investitionen in Südafrika;
- die Aussetzung der staatlichen Bankkreditgarantien bei Ausfuhren nach Südafrika;
- das allmähliche Einfrieren der Handelsbeziehungen;
- die Anwendung des UN-Waffenembargos, den Abbruch aller militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika sowie Lieferstopp für Erdölerzeugnisse;



- den Abbruch der kulturellen und sportlichen Beziehungen zu Südafrika;
- die Anwendung des 1977 von der Gemeinschaft angenommenen "Verhaltenskodex" für europäische Unternehmen, die in Südafrika Tochtergesellschaften, Niederlassungen oder Vertretungen unterhalten, sowie ausführliche Berichterstattung vor dem Europäischen Parlament und dem Paritätischen Ausschuß AKP/EWG über die Anwendung dieses Kodex;
- die Bereitstellung von Mitteln für die Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika (SADCC), die es ihr gestatten würden, ihre Aufgaben im Bereich der regionalen Zusammenarbeit der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen, der Energie und so weiter wahrzunehmen, so daß die ungewollte Abhängigkeit der Staaten der Region von Südafrika rasch abgebaut werden kann;
- die Gewährung von Hilfe für die Opfer des Apartheid-Systems, insbesondere durch umfangreichere Beiträge an die von der UNO geschaffenen Sonderfonds;
- verstärkte Bemühungen der europäischen politischen Zusammenarbeit für die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit im südlichen Afrika;
- eine positive Antwort auf die Bitte um Unterstützung, die von den sechs Flüchtlingen an die EG gerichtet wurde.

Diese Forderungen hätten eigentlich die Zustimmung aller recht und billig denkenden Politiker im Europäischen Parlament finden müssen. Für diesmal ist es der konservativen Obstruktions-Politik im EP gelungen, eine erneute Verurteilung des südafrikanischen Regimes zu verhindern. Wir Sozialisten halten an diesen Forderungen jedoch fest. Unser Antrag hat von seiner Dringlichkeit nichts verloren. Deshalb wird seine Behandlung den Konservativen im Europäischen Parlament auch nicht erspart bleiben. Die Überwindung des menschenfeindlichen Regimes in Südafrika bleibt auf der Tagesordnung.

(-/11.10.1984/ks/rs)

+ + +



Schneider redet, handelt aber nicht

Wie der Wohnungsbauminister seine eigenen Ansprüche widerlegt

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Bundesregierung weiß: "Kosten und flächensparendes Bauen erschließt neue Nachfrageschichten und kann damit zur Stabilisierung des Eigenheimbaus beitragen."

Diese Erkenntnis entstammt der "Erblast" genauso wie die Pilotprojekte und Modellmaßnahmen zum kosten- und flächensparenden Bauen, die der Bauminister jetzt feiert, als habe er sie eigenhändig gemauert.

Er hat erkannt, daß der Bauwirtschaft Beschäftigung nur gesichert werden kann und gleichzeitig das Ziel, die Wohneigentumsquote zu steigern nur erreicht werden kann, wenn Einkommenschichten das Bauen ermöglicht wird, denen es bisher zu teuer war: Also kostengünstiges und flächensparendes Bauen.

Nur: Der Bauminister spitzt den Mund und pfeift nicht. Er redet und handelt nicht.

Die geplante Neuregelung der steuerlichen Wohneigentumsförderung enthält keinen Anreiz kostensparend zu bauen und keine gezielte Berücksichtigung der neuen Nachfrageschichten.

Im Gegenteil: Durch die Progressionswirkung wird denen gegeben, die ohnehin haben.

Sachlich wäre der an der Steuerschuld anknüpfende Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen sicher die beste Lösung.

Wenn die Bundesregierung schon aus ideologischen Gründen nicht auf die Anknüpfung an zu versteuernden Einkommen verzichten kann, warum führt sie dann nicht einen geringeren Höchstbetrag beim neuen "7 b" ein und einen höheren Abschreibungssatz?

Wenn die Bundesregierung schon aus ideologischen Gründen nicht auf die Anknüpfung an zu versteuernden Einkommen verzichten kann, warum führt sie dann nicht einen geringeren Höchstbetrag beim neuen "7 b" ein und einen höheren Abschreibungssatz?

Dies wäre ein Anreiz zum Kostensparen und würde den mittleren und unteren Einkommenschichten mehr bringen, die die Höchstbeträge (300.000 DM Baukosten) meist gar nicht werden ausschöpfen können. (-/11.10.1984/ks/rs)

+ + +

